

Das Grüne EP-Jugendprogramm



1. Klimaschutz schafft neue Jobs für junge Menschen

Der grüne New Deal ist die Investition in die Zukunft. Es geht dabei um gemeinsame europäische Investitionen und Beschäftigungsprogramme in Klimaschutz, durch einen Umbau der Wirtschafts- und Energiesysteme in Wärmedämmung und Erneuerbare Energie, damit Nachhaltigkeit in der Arbeitswelt und im Klimaschutz gewahrt bleiben kann! Die Arbeitslosigkeit junger Menschen in Österreich und in der EU braucht rasche Maßnahmen und eine gemeinsame Lösung um soziale Sicherheit zu gewährleisten!

2. Sicherheit bei Nahrung und Energie

Europaweite Gentechnik und Atomkraft sind eine besondere Bedrohung für Europa und wir Grüne stehen für den konsequenten Kampf beides zu verhindern. Unter dem Deckmantel des Klimaschutzes versucht die Atomindustrie, Atomkraft als Lösung zu präsentieren. Wir Grüne sind europaweit die einzige entschiedene Kraft im Kampf gegen die Renaissance der Atomenergie. Das selbe Szenario stellt sich bei der Lebensmittelproduktion dar. Die österreichische Landwirtschaft und die Lebensmittelproduktion muss gentechnikfrei bleiben! Die EU-Tierschutzstandards – von Lebetiertransporten, Tierversuchen, Stallungen, bis hin zur Futterqualität – müssen umgesetzt werden.

3. Ausbau von Mobilität

Die EU hat es ermöglicht, frei und ungezwungen reisen, studieren und arbeiten zu können. Die gesamte EU ist zu einer Union der individuellen Reise- und Studierfreiheit geworden.

Um diese Mobilität zu verbessern und diese auch allen jungen Menschen anzubieten, braucht es noch weitere Maßnahmen: mehr finanzielle Mittel zur Absicherung der Aufenthalte in den Mitgliedsstaaten und die Verbesserung der Qualität von Mobilitätsprogrammen und Steigerung der Bekanntheit der Möglichkeiten, gerade auch für junge Menschen in Beschäftigung und Lehre.

4. „Generation Praktikum“ verhindern

Praktika sind gut und wichtig, diese dürfen jedoch nie zur Ausbeutung junger Menschen werden, die Erfahrungen im Berufsalltag sammeln möchten. Eine unzureichende rechtliche Klarstellung des Begriffs sowie eine angespannte Arbeitsmarktlage für junge Menschen führten zu einer Zweckentfremdung des Praktikums. Ausbeutung, versteckte Arbeitslosigkeit und anderen prekäre Situationen von immer mehr "PraktikantInnen" sind die Folge. Wir Grünen wollen durch ein Bündel an Maßnahmen die Situation der PraktikantInnen verbessern und Schein-Praktika verhindern, mit einem **PraktikantInnen-Ausbildungsgesetz** und der Umsetzung von Qualitätsstandards: diese sollen Praktika klarer definieren und von anderen Beschäftigungs- und Tätigkeitsformen abgrenzen. Standards in Bezug auf Arbeitszeit, Mindestentgelt, Arbeitsvertrag, Bildungsziele und Praktikumszeugnis müssen darin festgelegt werden.

5. Zugang zu Universitäten muss fair und ausgeglichen sein

Die Zugangsbeschränkungen sind nicht die Antwort auf die tatsächlichen Probleme an den Universitäten, sondern bestenfalls eine kurzfristige Notlösung. Klares Ziel ist zuerst eine bilaterale, dann aber eine europaweite, sozial verträgliche, für alle Staaten faire und chancengerechte Lösung. Die Mobilität der Studierenden muss dabei als Chance, nicht als Bedrohung gesehen werden.

Die Grünen wollen ein **Modell der gerechten Transferzahlungen** zwischen den Staaten, angelehnt an die skandinavische Bildungskoooperation. Zwischen Finnland, Schweden, Norwegen, Dänemark und Island beruht ein Abkommen, dass jedes Land Beitragszahlungen zu einem gemeinsamen Bildungsbudget leistet, womit Mehrbelastungen einzelner Länder und Universitäten ausgeglichen werden.

6. Umgang mit Asylsuchenden in der EU braucht eine gemeinsame Lösung

Das Vorgehen gegen Flüchtlinge vor den Toren der EU stellt eine grobe Verletzung von Menschenrechten dar. Das Abdrängen von Flüchtlingsbooten, ein übertriebener Einsatz der Grenzschutzagentur Frontex, die keinerlei menschenrechtliche Expertise sondern nur die polizeilichen Aspekte verfolgt, sind Alarmsignale für eine Sozialunion. Diese Politik kommt immer von den Mitgliedstaaten direkt, zuletzt vom so genannten Pakt für Migration und Asyl unter der französischen Präsidentschaft. Auch die Familienzusammenführung, die als Element der Migrationspolitik zu betrachten ist, muss als Maßnahme im Sinne der Jugend und der Kinder gemeinsam und europäisch geregelt werden. Gerade in diesen Fragen stellen sich die anderen wahlwerbenden Gruppen gegen eine konstruktive gemeinsame Lösung in Europa und versuchen mit Ablehnung und auch Hetze gegen die Menschlichkeit zu arbeiten.

7. Rechtsradikale Tendenzen und Fremdenfeindlichkeit sind nicht die Zukunft Europas

Gerade in der Zeit der Wirtschaftskrise mit erhöhter Arbeitslosigkeit und einer ungewissen Zukunft für junge Menschen, ist das Rückbesinnen auf Nationalstaatlichkeit der falsche Weg. Die Forderung nach Grenzbalken und militärische Aufsicht an den österreichischen Außengrenzen ist das falsche Zeichen für eine EU der Solidarität und des Friedens. Die Grünen kämpfen für eine Sozial- und Solidaritätsunion, um den Frieden zu gewährleisten. Das Bundesheer hat als Assistenzeinsatztruppe an den Ostgrenzen Österreichs keinerlei Befugnis und die Kriminalität kann so auf keinen Fall bekämpft werden. Sicherheitspolitik muss innerhalb der EU als Gesamtkonzept gesehen werden und das Schüren von Ängsten vor anderen EU-Mitgliedsstaaten aller anderen wahlwerbenden Gruppen ist kontraproduktiv. Das gemeinsame Anliegen der EU muss sein, in jedem Land innerstaatlichen Frieden zu sichern und gemeinsam eine Sozialunion zu schaffen.

Dies schließt auch ein, dass jede Form von Rechtsradikalismus und Antisemitismus strengstens verurteilt wird und dass hohe Repräsentanten der Staaten, wie in Österreich Martin Graf als 3. Nationalratspräsident, durch antisemitische verbale Entgleisungen bedingungslos zurücktreten müssen!